Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 6½ Uhr vorm. Für Inhalt im Sinne des Gesetzes nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 284. | Mittwoch, den 8. Dezember 1920. | 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der sächsische Landtag wählte Fräsdorf (Soz.) zum Präsidenten, Dr. Wagner (Dtschntl.) zum ersten und Dr. Dänger (D. Vp.) zum zweiten Vizepräsidenten.

*

Das Genfer Journal erfährt, daß der von den Deutschen gestellte Antrag auf Ausweisung Korfanthy aus Oberschlesien abgelehnt worden ist.

*

Dem Matin zufolge sind zwischen Paris und London Verhandlungen aufgenommen, die bisherige Entente als militärisch-politisches Bündnis auszubauen.

*

Der Führer der argentinischen Delegation Puehrredon ist Dienstag abend von Genf nach Paris abgereist, während die beiden anderen argentinischen Delegierten vorläufig noch in Genf bleiben.

König Konstantins Kriegspolitik.

Ein Interview des chriechischen Königs.

Der Berichterstatter des Matin ist nach Luzern abgereist und hat dort den König interviewt. Der König hat interessante Erklärungen abgegeben im Sinne einer ausführlichen Rechtfertigung und Widerlegung gegenüber den Ententestaaten. Von diesen Erklärungen sei folgendes hervorgehoben: Ich warte auf das offizielle Telegramm der griechischen Regierung. Vielleicht wird man mir auch eine Delegation entgegenschicken. Ich habe einen Sonderzug bestellt, um mich nach einem italienischen Hafen zu begeben. Die italienische Eisenbahnverwaltung verlangt aber eine fünftägige Frist, und unter diesen Umständen glaube ich nicht daß ich vor Anfang nächster Woche abreisen kann. Sobald ich in Athen bin, werde ich versuchen, die Entente von meinem guten Willen zu überzeugen sowie meine völlige Ergebenheit im Dienste der Interessen meines Vaterlandes zu beweisen, welche Interessen die gleichen sind wie die der Entente im Orient. Die englische Regierung hat erklärt, daß sie darauf rechne, daß die griechische Armee ihre Arbeit in Kleinasien fortsetzen werde. Ich rechne ebenfalls darauf. Die Armee befindet sich in vorzüglicher Verfassung und in ausgezeichneten Stellungen. Ich erhalte Hunderte von Telegrammen, worin die Soldaten und Offiziere mich ihrer Ergebenheit versichern, z. B. mit den Worten: Sie erklären sich bereit, unter meiner Führung noch 10 Jahre unter den Fahnen zu bleiben, wenn es sein müsse. Ich war immer populär in der Armee. Wir werden unser Werk in Kleinasien fortsetzen und nichts aufgeben von dem, was wir erhalten haben.

Was die Ereignisse während des Krieges betrifft, so kann ich Ihnen mitteilen, daß ich der Entente fünfmal meine Hilfe angeboten habe. Das erstemal im August 1914, soviel ich weiß, am 18. August. Der russische Außenminister ersuchte den Ministerpräsidenten Venizelos, ob wir nicht 150 000 Mann an die Donau zur Unterstützung der Serben gegen Oesterreich schicken könnten. Eine solche Unterstützung, die den türkischen und bulgarischen Angriffen ausgesetzt gewesen wäre, erschien zwar nicht gerade klug, und der Minister des Aeußern reichte auch seine Demission ein, weil er der Ansicht war, wir müßten wenigstens eine Garantie verlangen. Ich stimmte aber grundsätzlich zu, und Rußland dankte mir lebhaft dafür, Frankreich aber und England baten mich, neutral zu bleiben. Man darf nicht vergessen, daß während der ersten Monate des Krieges die französische Regierung mit den Bulgaren liebäugelte. Das war natürlich nicht dazu geeignet, um Griechenland zu veranlassen, mit Frankreich zu marschieren. Das zweite Mal, als ich meine Hilfe anbot, war im Frühjahr 1915. Die Türken waren in den Krieg eingetreten, und wir boten unsere Unterstützung für das Dardanellenunternehmen an. Wir wollten uns nicht dem gefährlichen und schlecht geleiteten Unternehmen von Gallipoli anschließen, sondern wir schlugen vor, nach dem vom griechischen Generalstab ausgearbeiteten Plan vorzugehen und an der türkischen Küste zu landen. Als Bedingung verlangte ich die Garantierung unserer territorialen Integrität und die Zusicherung der Aufteilung des türkischen Reiches. Man gab mir aber keine Antwort. Einen dritten Vorschlag machte ich der Entente aus Anlaß der Anwesenheit des Herrn Guillemin, des späteren französischen Gesandten in Griechenland. Es handelte sich wiederum um eine Mitwirkung unserer Flotte. Einige Tage später telegraphierte ich direkt an Poincare. Es war ein Meinungsaustausch von Staatsoberhaupt zu Staatsoberhaupt. Ich verlangte wiederum die Garantie unserer territorialen Integrität. Poincare antwortete, mein Vorschlag sei unannehmbar, da man die bulgarische Empfindlichkeit schonen müsse. Zum fünften und letzten Male bot ich meine Hilfe im September 1916 an. Das Angebot wurde in letzter Linie von Calogeropulos formuliert, dessen Kabinett den Bedingungen des Ententeultimatums vom 21. Juli 1916 nicht ganz entsprach. Darauf erfolgte auch keine Antwort. In der Folgezeit, als der Krieg sich hinzog, machte sich im griechischen Volke eine Stimmung geltend, die gegen jede Intervention im Kriege gerichtet war. Was die Vorwürfe betrifft, die man gegen uns erhoben hat, so sind sie unberechtigt. Die Geschichten von der Verpflegung der deutschen Tauchboote sind erfunden. Die Kapitulation des Armeekorps Nadjopulos war unvermeidlich. Das Heer war vollständig eingeschlossen. Die Uebergabe des Forts Rupel kann uns ebenfalls nicht zur Last gelegt werden. Ich hatte der Besatzung des Forts die Anweisung erteilt, keinesfalls gegen die Truppen der Zentralmächte irgendeine feindliche Handlung zu unternehmen. Man beschuldigt mich auch, ich sei nicht vertragsgemäß Seite an Seite mit Serbien in den Krieg gegangen. In diesem Vertrag war eine Klausel enthalten, derzufolge Serbien verpflichtet war, 150 000 Mann an der bulgarischen Grenze stehenzulassen. Venizelos hat aber selbst zugegeben, daß diese Klausel von den Serben nicht erfüllt wurde. Was schließlich die Ereignisse von Anfang Dezember 1916 betrifft, so bin ich jeder Verantwortung enthoben. In unserem kleinen Heer hatte sich eine außerordentliche Erregung bemerkbar gemacht, die zum Teil von den Ententemächten provoziert wurde.

*

Wenn König Konstantin seine während des Krieges getriebene Politik jetzt nicht frisierte, dann hat er damals tatsächlich keine Doppelrolle gespielt. Er war ein guter Soldat und seine Volkstümlichkeit wurzelt in dieser Tugend. Ein tüchtiger Politiker ist er nie gewesen, das wurde ihm auch von seinen Freunden schon vor Jahren gesagt. Die Erklärungen, die er dem französischen Ausfrager gab, sind ebenfalls reichlich ungeschickt.

Der Zusammentritt des neuen sächsischen Landtags.

Rücktritt des Kabinetts. — Das neue sächsische Ministerium.

Der neue sächsische Landtag ist gestern nachmittag 3 Uhr zusammengetreten. Das Aeußere des Landtages hat sich gegenüber der Volkskammer stark verändert. Die neuen Gesichter scheinen in erdrückender Ueberzahl zu sein. Vor allem aber fällt es auf, daß die Sitze der Bürgerlichen, die in der Volkskammer in hoffnungsloser Minderheit waren, sich sehr erheblich nach links verschoben haben. Ministerpräsident Buck begrüßte zunächst den neuen Landtag und ersuchte den früheren Präsidenten der Volkskammer in nüchternen Worten, die notwendigen Geschäfte zu erledigen. Er teilte dann dem Hause die Demission des Kabinetts mit, das bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiterführen werde. Herr Fräsdorf stellte zunächst fest, daß 95 Abgeordnete anwesend sind, da auch der zweite Ersatzmann für Geyer sen. das Mandat nicht angenommen hat und der Landeswahlkommissar erst den nächsten Ersatzmann feststellen muß. Sodann schritt man zur Präsidentenwahl. Sie ergab

92 Stimmen für Fräsdorf

und drei unbeschriebene Zettel. Mit Recht konnte Herr Fräsdorf darauf hinweisen, daß noch nie eine solche Einigkeit bei einer Präsidentenwahl der sächsischen Volksvertretung vorgekommen sei wie dieses Mal. Als er aber die Hoffnung aussprach, daß auch zukünftig solche Einigkeit herrschen möge, löste sich die leise Spannung, die über dem Hause lagerte, in befreiende Heiterkeit auf.

Wie diese Einigkeit aussehen wird, davon gab gleich der weitere Verlauf der Wahlhandlung eine Kostprobe. Der Abgeordnete Fellisch stellte nämlich den Antrag, zum ersten Vizepräsidenten einen Deutschnationalen, zum zweiten Vizepräsidenten einen Volksparteiler, zum ersten Schriftführer einen Rechtsunabhängigen und zum zweiten Schriftführer einen Mehrheitssozialisten zu wählen. Aber Fellisch hatte seine Rechnung ohne die Kommunisten gemacht. Diese meldeten ganz energisch ihre Forderungen an und ließen sich auch durch das beste Zureden nicht davon abbringen. Im Gegenteil, der Kommunist Weimer verstärkte das Gewicht der kommunistischen Forderungen durch die ruhige Drohung, daß die Kommunisten sonst nicht bei der Stange bleiben würden. Die Sache wird fatal; man sieht, daß der Chemnitzer Kitt schon bei der leisesten Belastung springt. Fellisch wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er die Vertagung des Landtages auf eine Viertelstunde beantragte und nach dieser Viertelstunde verkündete, daß er zum ersten Male glücklich in Kanosse angekommen ist. Die Mehrheitssozialdemokraten haben nachgegeben und die Kommunisten haben ihren Willen und ein Mitglied im Präsidium.

Der weitere Teil der Sitzung verlief programmäßig. Bei der Abstimmung wurden gewählt als

1. Vizepräsident Dr. Wagner (Dntl.)

mit 77 Stimmen, 16 Stimmen sind ungültig, zum

2. Vizepräsident Abg. Dänger (D. Vp.)

mit 79 Stimmen, davon waren 16 Stimmen ungültig. Bei der Wahl der Schriftführer erhielten die Abg. Mucker (Unabh.) 70, Crank (Komm.) 53, Winkler (Soz.) 24 und Elleroth 1 Stimme. Gewählt wurden infolgedessen die Abg. Mucker und Crank. Zu stellvertretenden Schriftführern wurden durch Zuruf gewählt die Abg. Wehrmann (Dem.), Winkler (Soz.), Kammelsberg (Dntl.) und Dr. Hermann (D. V.). Schluß ½5 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, den 8 Dezember, mittag 1 Uhr. Tagesordnung: Wahl der Ausschüsse.

*

Das neue sächsische Ministerium.

Nach langwierigen Verhandlungen haben die beiden sozialistischen Fraktionen nunmehr die endgültige Ministerliste aufgestellt. Sie sieht folgendermaßen aus:

Ministerpräsident: Buck (Soz.)
Wirtschaftsministerium: Schwarz (Soz.)
Justizministerium: Dr. Harnisch (Soz.)
Ministerium des Innern: Lipinski (Unabh.)
Kultusministerium: Fleißner (Unabh.)
Arbeitsministerium: Jaeckel (Unabh.)
Finanzministerium: Heldt (Soz.).

Der Dresdner Anzeiger, der als Ratsblatt dem Oberbürgermeister Blüher, dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Landtage, nahesteht, schreibt: Die Lage ist reichlich kompliziert geworden und sie wird durch das Bevorstehen der preußischen Landtagswahlen noch komplizierter. Wenn das preußische Volk bei dieser Wahl sein Votum analog dem Votum des gesamten deutschen Volkes am 6. Juni 1920 abgeben wird, dann wird die Rückwirkung einer event. bürgerlichen Regierungsbildung in Preußen auch auf Sachsen nicht ausbleiben und dann wird sich das Problem der reinen sozialistischen Regierung in Sachsen noch schärfer zuspitzen, als es ohnehin jetzt schon der Fall ist. Die jetzige Lösung bedeutet somit ein bedauerliches Zwischenstadium und Sachsen ist durch sie zum Versuchsobjekt geworden, ob wir in Deutschland endgültig in das Fahrwasser der betonten Frontanpolitik oder im Fahrwasser einer gesunden, friedlichen Koalitionspolitik zwischen bürgerlicher Mitte oder Arbeiterschaft einlenken werden.

Die neuen Männer.

Ministerpräsident Wilhelm Buck (Mehrheitssozialist)

wurde 1869 in Bautzen geboren und war bis zum Jahre 1905, wo er zum Gewerkschaftssekretär beim Gewerkschaftskartell in Dresden gewählt wurde, von Beruf Stukkateur. 1908 wurde er in Dresden Stadtverordneter, 1909 unbesoldeter Stadtrat. Nach Ausbruch der Revolution übernahm er als Volksbeauftragter die Leitung des Kultus- und Unterrichtsministeriums. Als Kultusminister gehörte er auch dem ersten Kabinett Gradnauer an, das im März 1919 gebildet wurde. (Im zweiten Kabinett Gradnauer trat an seine Stelle der Demokrat Dr. Seyfert.) Nach Gradnauers Rücktritt am 4. Mai 1920 wurde Buck zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt.

Wirtschaftsminister Albert Schwarz (Mehrheitssozialist)

ist 1874 geboren und von Beruf Metallarbeiter. In der gewerkschaftlichen Bewegung spielt er als Geschäftsführer und Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dresden schon seit Jahren eine führende Rolle. Beim Ausbruch der Revolution übernahm er als Volksbeauftragter das damals neu gegründete Arbeitsministerium, das er im Januar 1919 mit dem Wirtschaftsministerium vertauschte, während das Arbeitsministerium dem Mehrheitssozialisten Heldt zufiel. Schwarz behielt das Wirtschaftsministerium auch in den beiden Kabinetten Gradnauer und im Kabinett Buck. Seine Stellung innerhalb der mehrheitssozialistischen Partei ist erst letzthin wieder dahin gekennzeichnet, daß er dem am weitesten links stehenden Flügel angehöre.

Justizminister Dr. Rudolf Harnisch (Mehrheitssozialist)

ist in Chemnitz 1864 geboren. Bis 1899 stand er im staatlichen Justizdienst, dann widmete er sich dem Rechtsanwaltsberufe, in dem er sich mit Vorliebe als Anwalt sozialdemokratischer Parteigenossen betätigte. Beim Beginn der Revolution übernahm er in Chemnitz das Polizeipräsidium. Im Januar 1919 übernahm er als Volksbeauftragter die Leitung des Justizministeriums. In der Eigenschaft als Justizminister gehörte er sowohl den beiden Kabinetten Gradnauer als auch dem Kabinett Buck an.

Minister des Innern Richard Lipinski (Rechtsunabhängig)

wurde 1867 in Danzig geboren und widmete sich dem kaufmännischen Beruf. Von 1891 bis 1901 wirkte er als Schriftleiter an der Leipziger Volkszeitung. Seit 1901 ist er Buchhändler und Schriftsteller in Mark-Ottendorf bei Wurzen. Von 1903 bis 1906 gehörte er dem Reichstage an. Im November 1918 übernahm er als Volksbeauftragter die Leitung der Ministerien des Innern und des Aeußern, trat aber von diesen Posten bereits im Januar 1919 wieder zurück. In der sächsischen Volkskammer hatte Lipinski das Amt des stellvertretenden Präsidenten inne. Am 14. November wurde er auch in den Reichstag gewählt; er hat aber das ihm zugefallene Mandat niedergelegt.

Kultusminister Hermann Fleißner (Rechtsunabhängig)

wurde 1865 in Dresden geboren und erlernte das Tischlerhandwerk, das er 1898 mit dem Beruf eines Schrift-